



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg

Forderungspapier Rechenzentren

Forderungspapier Rechenzentren

Europäische Rechenzentren sind eine wichtige Infrastruktur für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und für unsere technologische und digitale Souveränität und Unabhängigkeit von USA und China. Mit Ihnen stellen wir sicher, dass Daten nicht in den Händen weniger Großkonzerne aus Übersee liegen, sondern unter europäischen Datenschutz- und Nachhaltigkeitsstandards verarbeitet werden.

Gleichzeitig darf der KI- und der daraus folgende Rechenzentren-Boom nicht zum Klimakiller werden – hier braucht es verbindliche Nachhaltigkeitsstandards statt Greenwashing. Der Bund handelt mit seiner nationalen Rechenzentrumsstrategie zu spät und zu vage – klare, verbindliche Vorgaben für die Abwärmenutzung fehlen. Rechenzentren benötigen große Mengen Strom und Fläche und können – je nach Kühlung – erhebliche Mengen Wasser verbrauchen. Deshalb müssen neue Rechenzentren besonders energie- und wassereffizient geplant, bilanziell klimaneutral betrieben werden und so ausgelegt sein, dass ihre Abwärme in relevantem Umfang nutzbar gemacht werden kann.

Brandenburg hat die Chance, ein starker Standort für nachhaltige digitale Infrastruktur zu werden. Dabei gilt für uns ein einfaches Prinzip: Kosten dürfen nicht auf die Allgemeinheit verlagert werden. Wer zusätzliche Infrastruktur benötigt oder besondere Belastungen verursacht, muss sich angemessen an den entstehenden Kosten beteiligen. Kommunen und Menschen vor Ort sollen von Ansiedlungen profitieren – nicht auf Folgekosten sitzen bleiben.

Unser Ziel sind nicht möglichst viele Rechenzentren um jeden Preis, sondern die richtigen Rechenzentren am richtigen Ort – leistungsfähig, ressourcenschonend und mit einem konkreten Nutzen für die Region.

A Die richtigen Rechenzentren am richtigen Ort

1. Wasserverbrauch minimieren

Fordern Brandenburg ist eine wasserarme Region. Neue Rechenzentren dürfen bestehende oder absehbare Nutzungskonkurrenzen nicht verschärfen. Deshalb muss die langfristige Wasserverfügbarkeit bereits bei der Standortwahl berücksichtigt werden. Für neue Rechenzentren müssen geschlossene Kühlkreisläufe und andere wasserarme Kühlsysteme zum Standard werden. Eine reguläre Verdunstungskühlung mit Trink- oder Grundwasser lehnen wir ab. Wo Wasser benötigt wird, sollen vorrangig aufbereitetes Abwasser oder andere geeignete Brauchwasserquellen genutzt werden. Geplanter und tatsächlicher Wasserverbrauch müssen transparent gemacht werden. Entscheidend ist dabei nicht nur die Betrachtung eines einzelnen Projekts, sondern auch die kumulierte Belastung einer Region.

2. Klimaneutrale Energieversorgung sicherstellen

Neue Rechenzentren müssen bilanziell klimaneutral betrieben und besonders energieeffizient geplant werden. Gerade in Brandenburg können Rechenzentren sinnvoll dort angesiedelt werden, wo viel erneuerbarer Strom erzeugt wird. Das kann helfen, Strom näher am Ort seiner Erzeugung zu verbrauchen und somit Transport- und Abregelungsbedarfe im Netz zu verringern.

3. Abwärme bei der Standortwahl mitentscheiden lassen

Rechenzentren erzeugen große Mengen kontinuierlich verfügbarer Wärme. Deshalb muss bereits bei der Standortwahl berücksichtigt werden, ob und wie diese Abwärme sinnvoll genutzt werden kann. Neue Rechenzentren sollten bevorzugt dort entstehen, wo Wärmenetze, gewerbliche Abnehmer oder andere realistische Nutzungsmöglichkeiten vorhanden oder absehbar sind. Die Anlagen müssen technisch so ausgelegt werden, dass ihre Abwärme in relevantem Umfang ausgekoppelt und genutzt werden kann. Brandenburg sollte dabei mindestens an den heute geltenden Standards festhalten und die Abwärmenutzung als verbindliches Standort- und Planungskriterium behandeln – unabhängig davon, ob der Bund seine Anforderungen künftig abschwächt.

4. Flächen sparen und bestehende Standorte nutzen

Neue Rechenzentren sollten vorrangig auf bereits versiegelten, gewerblich oder industriell vorgeprägten Flächen entstehen. Brownfields und bestehende Gewerbe- und Industriestandorte sollten deshalb bei der Standortsuche besonders berücksichtigt werden. Wo neue Flächen in Anspruch genommen werden, müssen Flächenverbrauch und Versiegelung möglichst gering gehalten und Ausgleichsmaßnahmen von Anfang an standortnah mitgeplant werden. Damit verbinden wir digitale Infrastruktur mit einem sparsamen Umgang mit Boden und vermeiden, dass neue Rechenzentren unnötig zusätzlichen Flächendruck erzeugen.

5. Rechenzentren strategisch steuern

Brandenburg braucht eine landesweite Strategie für Rechenzentren um die Kommunen damit nicht allein zu lassen. Mögliche Standorte dürfen nicht nur nach verfügbaren Flächen und Netzanschlüssen bewertet werden. Entscheidend muss sein, ob ein Standort auch langfristig zu den verfügbaren Ressourcen und zur Entwicklung der Region passt. Dabei müssen insbesondere Stromnetzkapazitäten, Wasserverfügbarkeit, Flächenverbrauch, Abwärmepotenziale und bestehende Nutzungskonkurrenzen berücksichtigt werden. Ebenso wichtig ist, geplante Rechenzentrumsstandorte mit anderen bestehenden und absehbaren Landesplanungen und Infrastrukturvorhaben zusammenzudenken. Auch die kumulierten Auswirkungen mehrerer Projekte in einer Region müssen in den Blick genommen werden. So wird aus einzelnen Ansiedlungsentscheidungen eine vorausschauende Standortpolitik: die richtigen Rechenzentren am richtigen Ort.

B Richtig Beteiligen

6. Kommunen fair an der Wertschöpfung beteiligen

Rechenzentren beanspruchen Flächen, Infrastruktur und Ressourcen vor Ort. Deshalb müssen die Standortkommunen auch angemessen an der wirtschaftlichen Wertschöpfung beteiligt werden. Der geplante neue Zerlegungsmaßstab bei der Gewerbesteuer ist dafür ein wichtiger Schritt: Künftig sollen bei reinen Rechenzentrumsbetrieben 90 Prozent der Zerlegung nach der elektrischen Nennanschlussleistung erfolgen. So profitieren die Standortkommunen stärker vom Gewerbesteueraufkommen. Für Rechenzentren, die aufgrund von Ausnahmen nicht unter den besonderen Zerlegungsmaßstab fallen, fordern wir in Brandenburg einen Rechenzentrumseuro: eine direkte finanzielle Beteiligung der Standortkommune, orientiert an der Anschlussleistung des Rechenzentrums.

7. Transparenz schaffen und Bürger*innen beteiligen

Große Rechenzentrumsprojekte verändern ihr Umfeld langfristig. Deshalb braucht es frühzeitige, verständliche und verlässliche Informationen zu Flächenbedarf, Anschlussleistung, Wasserverbrauch, Kühlung, Abwärme und Genehmigungsstand. Transparente Genehmigungsverfahren müssen die betroffene Bevölkerung vor Ort frühzeitig einbeziehen. Das Land sollte dafür ein öffentlich zugängliches Rechenzentrumsregister aufbauen und Kommunen bei der Kommunikation und Beteiligung vor Ort unterstützen. Die gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsverfahren müssen so gestaltet werden, dass Bürger*innen frühzeitig, verständlich und auf Augenhöhe einbezogen werden.

C Richtig Genehmigen

8. Wärmebelastung am Standort begrenzen

Große Rechenzentren geben erhebliche Mengen Wärme an ihre Umgebung ab. Deshalb müssen mögliche Auswirkungen auf das lokale Mikroklima und auf angrenzende Nutzungen bereits bei der Standortplanung berücksichtigt werden. Für neue Rechenzentren sollte ein verpflichtendes Wärmeschutzkonzept vorgelegt werden. Dazu können ausreichende Abstände zu sensiblen Nutzungen, begrünte Pufferzonen, Verschattung sowie weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Wärmebelastung gehören. Besonders wichtig ist dabei die Verbindung zur Standortwahl: Rechenzentren sollten nicht dort entstehen, wo ihre zusätzliche Wärmeabgabe bestehende Hitzebelastungen für Wohngebiete oder andere sensible Bereiche verschärft.

9. Rückbau und Nachnutzung von Anfang an absichern

Rechenzentren entstehen in einem technologisch und wirtschaftlich hochdynamischen Markt. Hardware veraltet schnell, technische Standards verändern sich, Geschäftsmodelle können scheitern und nicht jeder heute geplante Standort wird dauerhaft bestehen. Deshalb muss bereits bei der Ansiedlung geklärt sein, was mit Gebäude, technischer Infrastruktur und versiegelten Flächen passiert, wenn ein Rechenzentrum aufgegeben wird. Brandenburg sollte für große Rechenzentren eine verbindliche Rückbau- oder Nachnutzungsverpflichtung mit insolvenzfester finanzieller Absicherung prüfen. Wo eine sinnvolle Nachnutzung möglich ist, sollte sie Vorrang haben. Wo zurückgebaut werden muss, dürfen die Kosten nicht bei Kommunen, Grundstückseigentümer*innen oder der Allgemeinheit hängen bleiben.

10. Nachhaltige Rechenzentren schneller ermöglichen

Brandenburg sollte besonders ressourcenschonende Rechenzentrumsprojekte durch klare Kriterien, gebündelte Zuständigkeiten und zügige Verfahren unterstützen. Wer von Anfang an auf einen geschlossenen Kühlkreislauf, ein tragfähiges Konzept zur Abwärmenutzung, einen bilanziell klimaneutralen Betrieb sowie ein besonders flächen- und energieeffizientes Standortkonzept und eine angemessene Beteiligung der Standortkommune setzt, soll davon auch bei der Umsetzung profitieren. Gesetzlich vorgeschriebene Umwelt-, Wasser- und Beteiligungsverfahren bleiben davon unberührt. Es geht nicht um weniger Prüfung, sondern um mehr Planungssicherheit und schnellere Verfahren für besonders nachhaltige Projekte.